

ANGELIKA TIMM

## Wahlen zur 19. Knesset - Ergebnisse und Perspektiven

Am 22. Januar 2013 fanden in Israel die Wahlen zur 19. Knesset, dem 120 Abgeordnete umfassenden Parlament, statt. Der Termin für die laut Grundgesetz alle vier Jahre durchzuführenden allgemeinen, landesweiten, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlen wurde um mehrere Monate vorgezogen. In einer Rede vor der Presse begründete Ministerpräsident Netanjahu am 9. Oktober 2012 diesen Schritt damit, dass seinem Kabinett die mehrheitliche Unterstützung für das Budget 2013 seitens des Parlaments verwehrt bliebe.<sup>1</sup>

5.656.705 israelische Bürger waren aufgerufen, in einem der 10.131 Wahllokale des Landes ihr Votum für eine der 32 zugelassenen Parteilisten zu bekunden. Um in das Parlament zu gelangen, gilt seit 2006 eine Sperrklausel von 2% der gültigen Stimmen (1949 bis 1988 - 1%, 1992 bis 2003 - 1,5%).

Zwölf Parteilisten zogen in die 19. Knesset ein. Stärkste Fraktion mit 31 Sitzen wurde Likud Beitenu unter Führung von Benjamin Netanjahu, der damit durch Staatspräsident Schimon Peres erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden dürfte.

### Themen und Akzente des Wahlkampfes

In den letzten Jahrzehnten wurden die Wahlkämpfe, ideologisch „aufgeladen“, vorwiegend durch die der israelischen Gesellschaft inhärenten Widersprüche geprägt - „Falken“ gegen „Tauben“, Religiöse gegen Säkulare, Neueinwanderer gegen Alteingesessene, orientalische Juden gegen europäischstämmige Aschkenasim, Rechte gegen Linke. Auch 2013 spielten derartige politische Bindungen und weltanschauliche Positionen bzw. die Zugehörigkeit zu einer nationalen oder ethnischen Gruppe eine nicht unbedeutende Rolle. Höheres Gewicht erlangten jedoch die sozialen Disparitäten und die daraus abgeleiteten Interessen bzw. Forderungen.

Konkret zeigte sich der neue Stellenwert sozialer Widersprüche in der ersten Knessetwahl nach den sozialen Massenprotesten vom Sommer 2011 darin, dass die meisten Parteien sich ihrer Bedeutung bewusst waren und sie für die Motivierung ihrer Wählerschaft nutzten. Der am 30. November 2012 veröffentlichte Armutsberichts hatte bestätigt, dass 1,84 Millionen israelische Bürger (24,8% der Bevölkerung) unterhalb der Armutsgrenze leben. Zur Notlage der schwächsten sozialen Schichten tritt zunehmend die Verarmung der Mittelschichten. Wichtige Themen des Wahlkampfes waren dementsprechend die Wirtschaft und Politik



Viele Parteien forderten unter Bezug auf die sozialen Proteste vom Sommer 2011 zur Wahlbeteiligung auf. Plakattext: „Vom Protest zur Abstimmung!“

beherrschende Rolle der Tycoons, die Aufgaben von Gewerkschaften, der Umgang mit den natürlichen Ressourcen, die Finanzierung des Bildungswesens und die „Verteilung der Lasten auf die Schultern aller Bürger“, d. h. die vielfach diskutierte Forderung nach Steuergerechtigkeit oder nach Aufhebung der Wehrdienstbefreiung für Ultraorthodoxe. Interessant sind in diesem Zusammenhang Umfrageergebnisse von Januar 2013, nach denen eine Mehrheit der israelischen Bürger die Kürzung von Geldern für den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten befürwortet mit dem Ziel, soziale Probleme im Kernland zu lösen.

<sup>1</sup> Siehe hierzu Angelika Timm: „Israel - Interregnum zwischen 18. und 19. Knesset“, [www.rosalux.de/publication/38874/israel-interregnum-zwischen-18-und-19-knesset.html](http://www.rosalux.de/publication/38874/israel-interregnum-zwischen-18-und-19-knesset.html).

Der zentrale Furchtkomplex israelischer Politik, die „iranische Bedrohung“, wurde im Wahlkampf sichtbar zurückgenommen. Auch der Nahostkonflikt, die Wandlungen im arabischen Umfeld und das israelisch-palästinensische Verhältnis wurden in nur geringem Maße thematisiert. Lediglich 18% der befragten Israelis bezeichneten wenige Tage vor der Wahl den israelisch-palästinensischen Konflikt als wichtiges Kriterium für ihr Votum. Zumindest die Zentrumsparteien sprachen sich in ihren Wahlplattformen für die „Zwei-Staaten-Regelung“ aus, während die extrem rechte nationalreligiöse Siedlerpartei die Annexion von Gebieten der Westbank forderte und *Likud Beitenu* auf die Veröffentlichung einer Wahlplattform gänzlich verzichtete. Forderungen nach politischem Verhandeln und nach Stopp der Siedlungspolitik waren vorwiegend von den Linksparteien zu hören.

Trotz der Abstinenz in der Regionalpolitik blieb die Sicherheitsproblematik nicht unterbelichtet. Vor allem Vertreter der bisherigen Regierung und die extreme Rechte schürten die Furcht vor islamischen Fundamentalisten bzw. betonten die „Bedrohung Israels“ durch Migranten und Flüchtlinge aus Nordafrika. *Likud Beitenu* stellte in einem Wahlspot z. B. den Bau des 230 Kilometer langen Grenzzauns zu Ägypten als einen seiner Haupterfolge dar. Mit Blick auf die internationale Öffentlichkeit erklärte Netanjahu: „Hauptproblem des Nahen Ostens sind nicht die israelischen Siedlungen, sondern der islamische Extremismus“ (JP 21.1.2013, S. 2)<sup>2</sup>.

Der Streit um inhaltliche Ziele und Forderungen wurde - wie bereits bei vorangegangenen Urnengängen - weitgehend jedoch durch die Präsentation von Personen verdrängt oder zumindest modifiziert. Charismatische Politiker wie die „Shooting Stars“ Naftali Bennett oder Jair Lapid beeindruckten vor allem junge Wähler. Beide Kandidaten erreichten über ihre Wahllisten zusammen immerhin 25% der Wählerschaft.

Zur Wahlrhetorik, insbesondere rechter Politiker, sei angemerkt, dass die latente Betonung des „Jüdischen“ (jüdisches Heim, jüdische Ideale, jüdisches Volk, jüdischer Staat etc.) dominierte, während „israelisch“ oder „demokratisch“ als Identifikationsmerkmale kaum auftauchten. Nichtjüdische Bürger, d. h. ein Fünftel der Bevölkerung, wurden damit aus dem politisch-nationalen Kollektiv ausgegrenzt.

Der Wahltag war arbeitsfrei. Er kostete Staat und Wirtschaft ca. 1,7 Mrd. NIS (350 Mill. Euro).

## Die israelische Parteienlandschaft – Veränderungen und Kontinuitäten

Im Vorfeld der Knessetwahlen veröffentlichten die israelischen Medien unentwegt Prognosen, in denen sie einerseits die beiden Blöcke der rechten und religiösen Kräfte, das „nationale Lager“ somit, und andererseits die „Mitte-Links-Parteien“ als Hauptkontrahenten verorteten. Handelte es sich somit tatsächlich um einen Lagerwahlkampf? Und wo war bzw. ist in diesem Spektrum die israelische Linke zu finden? Um diese Fragen zu beantworten, seien nachfolgend die wichtigsten Parteien bzw. Wahlbündnisse hinsichtlich ihrer Wählerschaft, Programmatik und Interessenlagen charakterisiert.

### **Rechtsnationaler Block**

In der Regierungskoalition 2009 - 2012 dominierten mit insgesamt 42 Mandaten der von Benjamin Netanjahu geführte konservativ-nationalistische *Likud* (27) und die ultranationalistische Partei *Israel Beitenu* (15) unter Avigdor Lieberman. Am 25. Oktober 2012 verkündeten beide Vorsitzende die „Verschmelzung“ der Parteien und die Bildung der gemeinsamen Wahlliste ***Likud Beitenu***. In der Haltung zum Krieg gegen Iran und zum israelisch-palästinensischen Konflikt existieren kaum Meinungsverschiedenheiten. Beide fordern die Vernichtung des iranischen Atompotenzials, ein Votum für ein „Großisrael“, Jerusalem als unteilbare Hauptstadt Israels, forcierte Siedlungspolitik, Zurückweisung jeder diesbezüglichen Kritik seitens EU und USA u. a. m. Differenzen existieren zum Verhältnis von Staat und Religion. Viele *Likud*-Wähler sehen die Dominanz des ultraorthodox dominierten Rabbinate in Personenstandsfragen als unabdingbar für den Erhalt des Jüdischen im Staat; die Mehrheit der - weitgehend säkularen - Anhänger von *Israel Beitenu* befürwortet ein ziviles Personenstands- und Familienrecht.

***Ha-Bajit Ha-Jehudi*** („Das jüdische Heim“) ging 2008 - gemeinsam mit *Ichud Leumi* („Nationale Union“) - aus der Spaltung der Nationalreligiösen Partei (*NRP* bzw. *MAFDAL*) hervor. Die historische *NRP* hatte die Verbindung von Zionismus und Religion auf ihre Fahne geschrieben; sie wirkte über Jahrzehnte als „Zünglein an der Waage“ bei der

<sup>2</sup> Pressezitate sind wie folgt gekennzeichnet: Jerusalem Post (JP); International Herald Tribune (IHT); Ha-Arez, hebr. (HA), engl. Ausgabe (Haaretz).

Bildung von Koalitionsregierungen, entwickelte sich nach 1967 jedoch zur Interessenvertretung der israelischen Siedler im Westjordanland und im Gazastreifen. Wie ihre Vorgängerin lehnt *Ha-Bajit Ha-Jehudi* die Zwei-Staaten-Lösung generell ab; sie befürwortet stattdessen eine forcierte Siedlungspolitik und die Annexion weiter Teile von „Judäa und Samaria“. 2012 gelang es dem Unternehmer und Aktivisten der Siedlerbewegung Naftali Bennett, die Partei wiederzubeleben. Er erklärte nach der Wahl zum Parteivorsitzenden am 6. Dezember 2012: „Heute beginnt etwas Neues im Volke Israel. Wer denkt, dass die *MAFDAL* ihre historische Aufgabe beendet hat, wird die Antwort in den Wahllokalen erhalten.“ (HA, 7.12.2012, S. 7)

### **Block der Ultraorthodoxen**

Die 1984 gegründete und seit 1988 in der Knesset vertretene ultraorthodoxe Partei des orientalischen Judentums - **Schas** - entwickelte sich relativ schnell zu einer beachtlichen politischen Kraft. Sie errang bereits 1999 17 Knessetsitze; 2009 zog sie mit 11 Abgeordneten in das Parlament ein. *Schas* war 1992 - 1993, 1996 - 1999 und 2001 - 2012 an Regierungen beteiligt. Die Rückkehr ihres ehemaligen Parteiführers Ariele Deri in die Politik sorgte im Frühjahr 2012 für Aufsehen. 2000 wegen Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und nach 22 Monaten frei gelassen, galt (und gilt) der Politiker vielen orientalischen Juden als unschuldig verurteilt bzw. als politisch durch das aschkenasische Establishment „verfolgt“. Um in den Knessetwahlen zumindest errungene Positionen zu verteidigen, einigten sich der Vorsitzende Eli Jischai und Deri auf eine Doppelspitze. Die Partei, deren religiöses und spirituelles Oberhaupt der ehemalige sephardische Oberrabbiner Ovadia Josef ist, versteht sich in sozialen und religiösen Fragen als Interessenvertreterin der orientalischen Juden sowie als Bewahrerin deren religiös-kultureller Identität. Die Trennung von Staat und Religion in familienrechtlichen Angelegenheiten lehnt *Schas* strikt ab.

Das **Vereinigte Thora-Judentum** (*VTJ*), die zweite ultraorthodox-religiöse Gruppierung, in der 18. Knesset mit fünf Abgeordneten vertreten, ist eine 1992 gebildete Allianz von zwei Parteien (*Agudat Israel* und *Degel Ha-Tora*). Ihre feste Klientel sind die streng religiösen aschkenasischen (europäischstämmigen) Juden, die sogenannten

Charedim (ca. 10% der israelischen Bevölkerung), konzentriert insbesondere in Wohnbezirken Jerusalems, in Bnei Brak (Großraum Tel Aviv) und in einigen Siedlungen der Westbank. *VTJ* strebt eine Ausweitung der religiösen Gesetzgebung auf alle Bereiche des täglichen Lebens an, plädiert für die Zurücknahme säkularer Elemente in Staat und Gesellschaft und lehnt westliche Kultureinflüsse bzw. Gesellschaftsmodelle, damit auch den Zionismus bzw. die Einberufung ultraorthodoxer junger Männer zum Wehrdienst, generell ab. Nicht zuletzt aus finanzpolitischen Erwägungen - staatliche Finanzierung des ultraorthodoxen Schulwesens und sozialer Einrichtungen - beteiligte sich die Partei mehrfach an Regierungskoalitionen, ohne jemals einen Ministerposten einzufordern.

### **Alte und neue Parteien der „Mitte“**

Nach jeweils eigener Definition stehen vier Parteien im Zentrum des politischen Spektrums. Ein Zusammenschluss zu einem Wahlbündnis kam 2012 - trotz verschiedener Versuche - nicht zustande.

Die Arbeitspartei (***Avoda***) versteht sich als Nachfolgerin bzw. aktuelle Repräsentantin der einst mächtigen Sozialdemokratie, die die Grundlagen des israelischen Staates legte und ihn bis 1977 führte. Vom *Likud* unterscheidet sie sich nicht nur in wirtschaftspolitischen Fragen, sondern auch durch eine stärker säkulare Orientierung sowie durch moderatere nationale und soziale Artikulation. Ursprünglich der Idee des „demokratischen Sozialismus“ verpflichtet, proklamierte die *Avoda* in den 1980er und 1990er Jahren den Wohlfahrtsstaat als Ziel und die freie Marktwirtschaft als Weg. Schelly Jachimowitsch, seit 2012 Parteivorsitzende, verortete die *Avoda* im politischen Zentrum Israels, da sie nie eine linke Partei gewesen sei (Haaretz, 9.11.2012).

Die Anerkennung der PLO, die Vereinbarungen von Oslo und der Abschluss des Friedensvertrags mit Jordanien in der Regierungszeit Jizchak Rabins ließen die Sozialdemokratie zeitweilig zur zentralen Kraft im Lager der „Tauben“ werden. Nach der Ermordung Rabins 1994 rückte die Parteiführung jedoch von den Kompromissformeln „Land für Frieden“ bzw. „Sicherheit durch Frieden“ zunehmend ab. Das gesamte Jerusalem solle israelisch bleiben; die Rückkehr zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 sei auszuschließen; die Mehrheit der Siedlungen müsse israelischer Hoheit unterstellt bleiben.

Die 2005 durch Ariel Scharon gegründete **Kadima** („Vorant“) rekrutierte sich vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern des *Likud* und der Arbeitspartei. Die Partei ging aus den Parlamentswahlen 2006 und 2009 als stärkste Kraft hervor. Im Mai 2012 trat sie für zwei Monate dem Kabinett Netanjahus bei. Um Israel als Staat mit mehrheitlich jüdischer Bevölkerung zu erhalten, unterstützt *Kadima* eine Zwei-Staaten-Lösung, d. h. die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels, begleitet durch Gebietsaustausch; Jerusalem und die großen Siedlungsblöcke sollten in das Staatsterritorium Israels dauerhaft eingegliedert werden. Die Partei wurde 2012/13 durch den ehemaligen Generalstabschef Schaul Mofaz in den Wahlkampf geführt.

Neu im israelischen Parteienspektrum ist **Jesch Atid** („Es gibt eine Zukunft“). Ihr Initiator Jair Lapid ging im Januar 2012 mit einem Gemenge militärischer und sozialer Themen an den Start. Der Sohn des Repräsentanten der ehemaligen antiklerikalen bürgerlich-liberalen *Schinui* (1999 - 2006), Tommy Lapid, bot vor allem konservativen und liberalen Wählern eine politische Plattform. Der populäre TV-Moderator und Journalist befürwortet die Zwei-Staaten-Lösung bei Annexion wichtiger Siedlungsblöcke und Erhalt Jerusalems als ungeteilter Hauptstadt Israels. Er tritt für Wehr- bzw. Zivildienst aller Bürger des Landes, d. h. auch der ultraorthodoxen Juden und arabischen Bürger, ein. In wirtschaftlicher bzw. sozialer Hinsicht vertritt *Jesch Atid* die Interessen des oberen israelischen Mittelstands.

Nur wenige Wochen vor den Parlamentswahlen gründete Zippi Livni die Partei **Ha-Tnuah** („Die Bewegung“). Livni wirkte von September 2008 bis März 2012 als Vorsitzende von *Kadima* und von Januar 2006 bis März 2009 als israelische Außenministerin. Während der 18. Knesset war sie - freilich kaum in Erscheinung tretende - Oppositionsführerin im Parlament. Ihre Rückkehr in die aktive Politik begründete Livni mit dem Erfordernis, im Interesse Israels Verhandlungen mit den Palästinensern zu führen und eine Zwei-Staaten-Lösung anzustreben. Es gelang ihr, einen Teil der ehemaligen *Kadima*-Aktivisten in die neue Zentrumspartei einzugliedern.

### **Die israelische Linke**

Auf der linken Seite des politischen Spektrums stehen die zionistisch-sozialistische *Merez* und die von der Kommunistischen Partei Israels geführte *Chadasch*. **Merez** entstand 1992 durch Zusammen-

schluss der linksozialistischen *MAPAM*, der Bürgerrechtsbewegung *RAZ* und der liberalen *Schinui*. Die Partei unterstützte Vereinbarungen mit der PLO, engagierte sich nach wie vor für die Zwei-Staaten-Lösung und kritisiert vehement die israelische Siedlungspolitik. Sie setzt sich für einen liberal-säkularen Staat, Gleichberechtigung der Geschlechter und verbesserte Bildungspolitik ein. 1992 errang *Merez* zwölf Knessetmandate und trat der Regierung Rabin bei; nach der Zweiten Intifada verringerte sich die Zahl ihrer Abgeordneten dramatisch; 2009 erzielte sie lediglich drei Knessetsitze. In den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte die Partei den sozialen Protest. Einzig ihre Partei, so die Vorsitzende Zehava Gal-On im Oktober 2012, stelle eine Verbindung zwischen der Okkupation und sozio-ökonomischer Gerechtigkeit her. Als sicher gelte zudem, dass *Merez* nicht einer künftigen Regierung unter Benjamin Netanjahu beitreten werde.

**Chadasch** („Demokratische Front für Frieden und Gleichheit“) versteht sich seit ihrer Gründung 1977 als arabisch-jüdisches Bündnis, findet ihre Anhängerschaft jedoch vor allem im arabisch-palästinensischen Sektor. Fraktionsvorsitzender ist Mohammed Barakeh. Die Front war die erste politische Partei, die die Forderung „Israel und Palästina - Zwei Staaten für zwei Völker“ erhob. Der Erfolg auf der „jüdischen Straße“ ist nicht zuletzt dem Umweltaktivisten Dov Khenin, Knessetmitglied seit 2006, zuzuschreiben. *Chadasch* setzt sich für die Gleichberechtigung der jüdischen und arabischen Bürger Israels, soziale Gerechtigkeit und die Trennung von Staat und Religion ein. Den Wahlkampf zur 19. Knesset startete die Partei mit dem Aufruf, der Regierung nicht das Mandat zu erteilen, „das israelische Volk und die Völker der Region erneut in einen gefährlichen Regionalkrieg gegen Iran, Gaza, Libanon und Syrien zu führen“; *Chadasch* sei eine kämpferische Opposition und werde es auch bleiben (Zo Haderekh, 24.10.2012).

### **Arabische Parteien**

Die Vereinigte Arabische Liste (**Ra'am**) - ein Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und der von Ahmed Tibi geführten *Ta'al* - sucht vor allem traditionelle bzw. religiöse Muslime anzusprechen. Sie lehnt die von linken Kräften geforderte Trennung von Staat und Religion ab. Tibi war in den 1990er Jahren als Berater Jasir Arafats für israelische Angelegenheiten tätig. Er gilt als einer der prominentesten arabischen Politiker Israels.



**Balad** („National-Demokratischer Bund“) wurde 1995 gegründet. Ihr Initiator, Asmi Bischara, an der Humboldt-Universität Berlin promovierter Philosoph, war 1999 Direktkandidat für das Amt des Premierministers. In Israel wegen „nicht genehmigter“ Reisen in arabische Staaten der „Spionage“ beschuldigt, kehrte er 2007 von einer Auslandsreise nicht zurück. Balad tritt prononciert mit arabischnationalistischen Slogans auf. Im Gegensatz zu Ra'am versteht sich die Partei als säkular und lehnt die islamische Bewegung ab. In der Knesset ist Balad u. a. durch Jamal Zahalka und Hanin Zuabi vertreten.

Ra'am und Balad votieren gegen israelische militärische Präventivschläge und setzen sich für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels, die Räumung der Siedlungen in den besetzten Gebieten und die volle Gleichberechtigung der arabischen Staatsbürger („Israel - ein Staat für alle seine Bürger“) ein.

### Wahlergebnisse im Überblick<sup>3</sup>:

Wahlliste/Fraktion	Charakterisierung (Spitzenkandidat/in)	Stimmen absolut	Stimmen in %	Sitze 2013 (2009)
Likud Beitenu („Likud – Unser Heim“)	Wahlbündnis von Likud und Israel Beitenu, konservativ-nationalistische Rechtspartei (Benjamin Netanjahu/Avigdor Lieberman)	884.631	23,32	<b>31</b> (27) (15)
Jesch Atid („Es gibt eine Zukunft“)	Konservativ-liberale jüdische Zentrumsparterie, gegründet im Januar 2012 durch den Fernsehmoderator Jair Lapid	543.280	14,32	<b>19</b>
Mifleget Ha-Avoda („Partei der Arbeit“)	Israelische Sozialdemokratie (Schelly Jachimowitsch)	432.083	11,39	<b>15</b> (13)
Ha-Bajit Ha-Jehudi („Das jüdische Heim“)	Rechtsextreme nationalistisch-religiöse Partei, Interessenvertreter der Siedler, 2008 aus Nationalreligiöser Partei hervorgegangen (Naftali Bennett)	345.935	9,12	<b>12</b> (3)
Schas („Sephardische Thora-Wächter“)	Religiös-ultraorthodoxe Partei orientalischer Juden (Eli Jischai/Arieh Deri)	331.800	8,75	<b>11</b> (11)
Vereinigtes Thora-Judentum (VTJ)	Religiös-ultraorthodoxe Partei aschkenasischer Juden (Jaakov Litzman)	196.038	5,17	<b>7</b> (5)
Ha-Tnuah („Die Bewegung“)	Neu gegründete Zentrumsparterie, die Zwei-Staaten-Lösung in Mittelpunkt stellt (Zipi Livni)	189.168	4,99	<b>6</b>
Merez	Zionistische Linkspartei (Zehava Gal-On)	172.382	4,54	<b>6</b> (3)
Ra'am („Vereinigte Arabische Liste“)	Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und Ta'al (Ibrahim Sarsur)	138.362	3,65	<b>4</b> (4)
Chadasch („Demokratische Liste für Frieden und Gleichheit“)	Von KPI geführtes jüdisch-arabisches Bündnis mit überwiegend arabischer Mitgliedschaft (Muhamad Barakeh)	113.610	3,00	<b>4</b> (4)
Balad („National-Demokratischer Bund“)	Arabisch-nationale Partei (Jamal Zahalka)	96.926	2,56	<b>3</b> (3)
Kadimah („Voran!“)	2005 durch Ariel Scharon gegründete Zentrumsparterie, der v. a. Mitglieder des Likud und der Arbeitsparterie beitraten, Spaltung 2012 (Schaul Mofas)	79.487	2,10	<b>2</b> (28)
Ichud Le'umi („Nationale Union“)	Religiös-nationalistische Siedlerparterie; z.T. in Ha-Bajit Ha-Jehudi aufgegangen			- (4)

### Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse

Die im Vorfeld der Knessetwahlen sich abzeichnenden Tendenzen politischer Verdrossenheit, Desillusionierung und Apathie ließen eine geringe Wahlbeteiligung erwarten. Viele Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen kämpften daher „gegen die Gleichgültigkeit“ an und forderten zur aktiven Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte auf. Die Wahlbeteiligung (67,79%) wurde in der Tat ein Erfolg (2006 - 63,5%; 2009 - 64,8%); sie war, auch im Vergleich mit westeuropäischen Staaten, relativ hoch. Für israelische Verhältnisse gilt sie dennoch als gering, machten während der ersten fünf Jahrzehnte nach Staatsgründung doch durchschnittlich 80% der Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Voraussagen von Experten, dass sich höchstens 45% der arabisch-palästinensischen Bürger (20,3% der Gesamtbevölkerung) an der Abstimmung beteiligen würden, erfüllten sich nicht. Zur 19. Knesset gaben 58% der arabischen Wahlberechtigten, 3% mehr als 2009, ihre Stimme ab.

<sup>3</sup> www.votes-19.gov.il/nationalresults (28.01.2013)

Wahlsieger wurde - wie allseitig prognostiziert - *Likud Beitenu*, die gemeinsame Wahlliste von *Likud* und *Israel Beitenu*. Der erhoffte überwältigende Erfolg blieb jedoch aus. Hatten beide Parteien 2009 noch 42 Mandate errungen, mussten sie sich nunmehr mit 31 begnügen. Avigdor Lieberman war sechs Wochen vor den Wahlen wegen drohender Gerichtsverfahren von seinem Amt als Außenminister zurückgetreten und hielt sich im Wahlkampf bedeckt. *Likud Beitenu* setzte vor allem auf Sicherheitsfragen und betonte, Netanjahu sei der einzige starke Politiker, der Israel in dieser schweren Zeit führen könne. Auf der Wahlliste dominierten Hardliner in der Palästinenserfrage; liberale *Likud*-Politiker wie Dan Meridor und Benny Begin sind in der 19. Knesset nicht mehr vertreten.

Zweitstärkste Fraktion wurde **Jesch Atid**. Ihr Vorsitzender Jair Lapid versteht sich als Integrationsfigur und gilt bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen als „Königsmacher“. Obwohl er sich nicht ausdrücklich mit der sozialen Protestbewegung solidarisierte, profitierte er indirekt von der Frustration großer Teile der sozialen Mittelschicht, die mit der Politik der Regierung Netanjahu/Lieberman unzufrieden sind. Unterstützung fand er insbesondere im säkularen aschkenasischen Establishment, aber auch unter vielen - politisch noch nicht festgelegten - jungen Wählern.

Die Arbeitspartei (**Avoda**) konnte ihr erklärtes Ziel, Benjamin Netanjahu abzulösen, nicht erreichen, erhielt unter ihrer 2012 gewählten neuen Vorsitzenden, der Journalistin Schelly Jachimowitsch, jedoch einen leichten Stimmenzuwachs bzw. konnte die Zahl der Mandate von 13 auf 15 erhöhen. Jachimowitsch konzentrierte sich im Wahlkampf auf soziale Fragen und nahm mehrere Aktivisten der Protestbewegung in ihr Team auf. In der Wahlplattform wurden als Hauptpunkte benannt: wirtschaftliche Gerechtigkeit (insbesondere Förderung des Mittelstands), höhere Sozialleistungen, die Zwei-Staaten-Lösung, Umweltschutz und Kampf gegen Korruption sowie Stärkung der Demokratie. Die *Avoda* stand damit in der Nähe von *Jesch Atid*. Viele unentschlossene Wähler entschieden sich letztlich gegen die alte/neue Sozialdemokratie und wählten Jair Lapid, dem sie als künftiges Kabinettsmitglied eine „Zügelung Bibis“ zutrauten.

Das Erstarken der extremen nationalistischen Rechten, vertreten vor allem durch **Ha-Bajit** **Ha-Jehudi**, gehört zu den Hauptergebnissen der

Wahl 2013. Die Partei profitierte insbesondere von der Vereinigung des *Likud* mit der für eine Trennung von Staat und Religion im Familienrecht eintretenden Partei *Israel Beitenu*; viele religiöse Wähler verließen den *Likud* und unterstützten die Siedlerpartei. Die Nationalreligiösen konnten ihre Präsenz in der Knesset damit von 7 auf 12 erhöhen. Noch am Wahlabend ließ der Parteivorsitzende Naftali Bennett keinen Zweifel daran, dass sein „neuer Zionismus“ auf ein „Groß-Israel“, d. h. die Aufrechterhaltung israelischer Herrschaft über die palästinensischen Gebiete, abziele: „Es gibt nicht zwei Narrative. Es gibt nur eine Wahrheit: Erez Israel gehört dem jüdischen Volk.“

Die ultraorthodoxen Parteien konnten die Wahlergebnisse im Vergleich zu 2009 verbessern. Während **Schas** einen Stimmenzuwachs von 45.500 errang, stimmten 49.084 Bürger mehr als 2009 für **VTJ**; das Ergebnis waren zwei zusätzliche Parlamentsmandate. Die numerischen Veränderungen sind in erster Linie nicht dem politischen Agieren oder dem sozialen Wandel geschuldet, sondern primär dem natürlichen Zuwachs der ultraorthodoxen Bevölkerung zuzuschreiben.

Zu den wichtigeren Ergebnissen der Knessetwahl gehört, dass die bereits „tot gesagte“ Linke recht lebenskräftig in den Wahlkampf eingriff. Mit sechs Parlamentsabgeordneten hat **Merez** ihr „historisches Tief“ (2009 - 3 Mandate) überwunden. Zehava Gal-On, die 2012 gewählte Vorsitzende der Partei links-zionistischer, demokratisch gesinnter säkularer, zumeist europäischstämmiger jüdischer Israelis, erklärte im Wahlkampf, dass *Merez* gegen jede rechtsnationalistische Regierung unter Benjamin Netanjahu opponieren werde.

Die arabischen Bürger Israels sprachen sich - wie erwartet - mehrheitlich für bewährte Parteien aus, die sich als ihre Interessenvertreter profiliert haben und bereits während mehrerer Wahlperioden in der Knesset vertreten sind (**Vereinigte Arabische Liste, Chadasch, Balad**). Die drei Parteien konnten die Zahl ihrer Knessetvertreter behaupten; der *VAL* fehlten nur wenige Stimmen für ein fünftes Mandat. Die Ergebnisse beweisen, dass zunehmend mehr arabische Bürger Israels selbstbewusst und selbstbestimmt die Geschicke des Landes mitgestalten wollen.

Insgesamt wurden 3.793.221 gültige Stimmen ausgezählt. Davon entfielen 269.483 (7,1%) auf 20 kleinere Parteien, die vorwiegend Partikularinteressen

bedienen und die Sperrklausel nicht überwinden konnten. Zu ihnen gehören *Ozma le-Israel* („Stärke für Israel“, rechtsnationalistisch-jüdische Partei, 1,76%), *Ha-Jisraelim* („Die Israelis“, eine Partei russischsprachiger Israelis, 0,5%), *Am Schalem* („Ein ganzes Volk“, Abspaltung von Schas, 1,2%), die jüdisch-arabische Liste *Da'am* (0,09%), *Ha-Jerukim we-ha-Ze'irim* („Die Grünen und die Jungen“, 0,22%) und die Piratenpartei (0,06%).

Die Klüfte innerhalb der israelischen Gesellschaft zeigten sich deutlich im Wahlverhalten: Während 48,6% der **Tel Aviver** Bürger für Zentrumsparteien und 14,3 % für *Merez* stimmten und nur 8% ultraorthodoxe Parteien wählten, sprachen sich in **Jerusalem** 39,7% für *VTJ* bzw. *Schas* und lediglich 16,7% für Zentrumsparteien aus. Die **Kibbuzim** sind nach wie vor eine Hochburg der Sozialdemokratie – 35,7% ihrer Bewohner wählten *Avoda* und 19,7% *Merez*. In den **Entwicklungsstädten** dominierten dagegen *Likud Beitenu* (32%), *Schas* (19,3%) und *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (11,9%). Die jüdischen **Siedler der Westbank** gaben ihre Stimme erwartungsgemäß vor allem *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (27,9%), *Likud Beitenu* (21,3%) und *Schas* (9,5%) bzw. *VTJ* (17,1%). Mehr als drei Viertel (77,4%) der zur Wahlurne gegangenen **arabischen Bürger Israels** wählten Parteien, die sie als ihre Interessenvertreter betrachten - *VAL* (32%), *Chadasch* (23,4%) und *Balad* (22,0%); auf jüdische Parteien entfielen in arabischen Ortschaften insgesamt 21,2% der gültigen Stimmen.

## Zusammensetzung der 19. Knesset

Die ethnische, weltanschauliche und berufliche Komposition des israelischen Parlaments, das am 5. Februar 2013 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, hat sich gegenüber der vergangenen Legislaturperiode deutlich verändert:

- 48 Knessetmitglieder (40%) wurden zum ersten Mal in die Legislative gewählt.
- Der „weibliche Faktor“ erhöhte sich von 21 auf 27 Abgeordnete; er erreichte mit 22,5% ein „historisches Hoch“; den größten Frauenanteil hat *Jesch Atid* (42%), während die ultraorthodoxen Parteien, jedoch auch *Chadasch* und *VAL* keine Frau in die Knesset delegierten.
- Die arabischen Bürger Israels sind mit 12 Abgeordneten (10%) deutlich unterrepräsentiert. Außer *VAL* (4), *Chadasch* (3) und *Balad* (3) stellen *Merez* und *Likud Beitenu* je einen arabischen

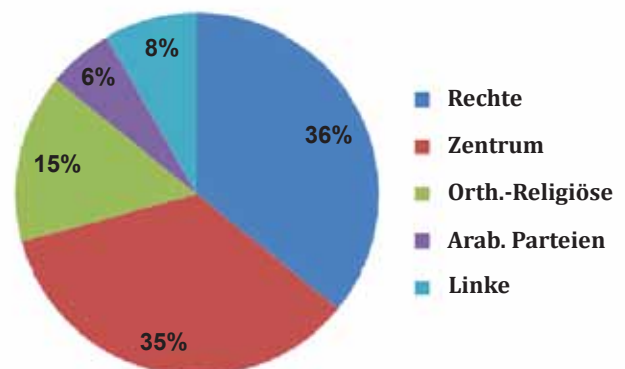
Abgeordneten; der einzige arabische *Likud*-Parlamentarier entstammt der arabisch-drusischen Minderheit; die einzige arabische Frau in der 19. Knesset (Hanin Zuabi) vertritt *Balad*.

- Sieben Abgeordnete sind Einwanderer aus den GUS-Staaten; zwei stammen aus Äthiopien und einer aus den USA.
- Die Zahl streng religiöser jüdischer Knessetmitglieder hat sich mit 39 auf 32,5% erhöht. Dabei handelt es sich um die 18 Vertreter der ultraorthodoxen Parteien *Schas* und *VTJ* sowie um 21 Abgeordnete mit nationalreligiösen Anschauungen (*Ha-Bajit Ha-Jehudi* - 11, *Likud* - 6, *Jesch Atid* - 3, *Ha-Tnuah* - 1).
- In der 19. Knesset sind 12 im palästinensischen Westjordanland ansässige Siedler vertreten (2006 - 7, 2009 - 10).
- In die neue Legislative wurden fünf Generäle und weitere zehn ehemalige hohe Offiziere gewählt.
- Zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel ist kein Kibbuzmitglied in der Knesset vertreten.

## Optionen für die Regierungsbildung

Im künftigen israelischen Parlament zeichnen sich fünf Parteienblöcke ab (vgl. Kreisdiagramm):

- Rechtsblock*: *Likud Beitenu*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi* (43 Mandate)
- Zentrum*: *Jesch Atid*, Arbeitspartei, *Ha-Tnuah*, *Kadima* (42 Sitze)
- Religiös-ultraorthodoxe Parteien*: *Schas*, Vereinigtes Thora-Judentum (18 Abgeordnete)
- Arabische Parteien*: Vereinigte Arabische Liste, *Balad* (7 Parlamentssitze)
- Linke*: *Merez*, *Chadasch* (10 Mandate).



Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses wird am 30. Januar 2013 erwartet. Erst dann kann der Staatspräsident - nach Konsultation mit allen im neuen Parlament vertretenen Parteien - dem Abgeordneten, der die größten Aussichten für die Zusammenstellung einer mehrheitsfähigen Regierung aufweist, den entsprechenden Auftrag erteilen. Die für die Kabinettsbildung zur Verfügung stehende Zeit - 28 Tage - kann gegebenenfalls um 14 Tage verlängert werden.

Das Wahlergebnis lässt Netanjahu für die Regierungsbildung nur geringe seinen Intentionen entsprechende Spielräume, bietet ihm jedoch mehrere taktisch-politische Variationsmöglichkeiten. Da für die von der *Avoda*-Vorsitzenden Jachimowitsch am Wahlabend als erstrebenswert genannte Variante einer Mitte-Links-Koalition (unter Einbeziehung der beiden ultraorthodoxen Parteien) keine realen Voraussetzungen bestehen, ergeben sich für Netanjahu folgende Optionen:

1. Eine breite Rechts-Mitte-Koalition, bestehend aus *Likud Beitenu*, *Jesch Atid*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Schas* und *VTJ* (80 Mandate);
2. eine Mitte-Rechts-Koalition ohne die ultraorthodoxen Parteien und unter möglicher Einbeziehung weiterer Zentrumsparteien - *Likud Beitenu*, *Jesch Atid*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Ha-Tnuah*, *Kadima* (70 Mandate);
3. eine Mitte-Rechts-Koalition mit Verzicht auf die extreme Rechte - *Likud Beitenu*, *Jesch Atid*, *Ha-Tnuah*, *Kadima*, *Schas* und *VTJ* (76 Mandate);
4. eine Rechtsregierung des „nationalen Lagers“ nach Vorbild der 18. Knesset, geformt durch *Likud Beitenu*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Schas* und *VTJ* (61 Mandate).

Netanjahu sprach sich in seiner „Siegesrede“ am 22. Januar für eine möglichst breite Koalition aus und nahm bereits einen Tag nach der Wahl Gespräche mit den Repräsentanten von *Jesch Atid*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi* und *Schas* auf. Als aussichtsreich gilt die Bildung einer breiten Rechts-Mitte-Koalition (Variante 1). Die Beteiligung Lapid's an diesem Szenario wird erwartet.

Auch die Varianten 2 und 3 - Verzicht auf die Ultraorthodoxen oder auf die extreme Rechte bei der Regierungsbildung - könnten realitätsmächtig werden, sollten sich die betreffenden Parteien als ungenügend kompromissbereit erweisen. Zumin-

dest hat Netanjahu zu berücksichtigen, dass Bennett als Kabinettsmitglied das internationale Ansehen Israels weiter beeinträchtigen, den Einfluss der Siedler auf die israelische Politik wesentlich verstärken und die Gesellschaft noch tiefer spalten könnte. Auch das Zusammenspiel von Lapid mit seinen möglichen Kabinettskollegen von *Schas* und *VTJ* könnte ernsthafte Probleme kreieren, fordert die „Zukunftspartei“ - energischer noch als *Israel Beitenu* - doch „Wehrdienst für alle“, d. h. auch für die Charedim, Reform des Bildungswesens, Verkleinerung der Regierung und zivilrechtliche Reformen, die die Ultraorthodoxie nicht mitzutragen bereit ist.

Hinzu tritt, dass die Knesset zwei Monate nach ihrer Konstituierung den Haushalt 2013 verabschieden muss - ein Akt mit hoher politischer Sprengkraft. Die unterschiedlichen Gruppeninteressen bei der Zuteilung der Budgetmittel werden nur schwer miteinander zu vereinbaren sein. Auch *Israel Beitenu* dürfte sich - nach der Phase erzwungener Zurückhaltung - wieder verstärkt mit harschen Forderungen nach politischen Pfründen zu Wort melden.

Die Kompliziertheit der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen hat in der israelischen Öffentlichkeit erneut die seit Jahren schwelende Diskussion über ein neues Wahlsystem angefacht. Die 1996 erstmals erprobte Direktwahl des Ministerpräsidenten bewährte sich nicht. Sie wurde nach drei Urnengängen wieder abgeschafft. Neue Regelungen müssten garantieren, dass alle Segmente der israelischen Bevölkerung in der Legislative vertreten sind und das Land nicht stetig durch vorgezogene Neuwahlen und langwierige Koalitionsverhandlungen für längere Zeiträume paralyisiert wird.

### **Fazit: Wesenszüge, Trends und spezifische Erfahrungen der Knessetwahlen**

Der Blick auf die bestimmenden Diskussionen in Vorbereitung der Wahlen bzw. auf die Ergebnisse der Abstimmung lässt erste wertende Schlussfolgerungen zu:

- Die Wahlen sollten zunächst als Nachweis für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie gewertet werden. In der israelischen Gesellschaft und Politik existieren nach wie vor Korrektur Elemente, die sich im konkreten Fall z. B. auf die Zügelung des Machtmonopols von *Likud Beitenu* und damit Benjamin Netanjahus richteten. Für



die Orientierungssuche im politischen System und für die Selbstbestimmtheit der Wähler stehen eine breit gefächerte Parteienlandschaft und eine agile Zivilgesellschaft.

- Die Wahlen gaben Antwort auf die verfehlte Innen- und Außenpolitik der „Bibermann-Regierung“, d. h. auf die neoliberale Wirtschaftspolitik, die sozialpolitischen Verwerfungen, die Politikresistenz bezüglich regionaler Herausforderungen und die verstärkte außenpolitische Isolierung. Sie vermittelten Impulse, wie das viel beschworene politische Vakuum neu auszufüllen sei bzw. der „Politikverdrossenheit“ begegnet werden könne.
- Die Wahlen widerspiegeln den seit 1967/1977 zu beobachtenden Rechtstrend in der politischen Orientierung des Landes bzw. in der Agenda vieler Parteien. Der Wahlerfolg Naftali Bennetts, jedoch auch die Wiederwahl des Machtduos Netanjahu - Lieberman stehen dafür. Zugleich zeitigte das nationale Plebiszit eine Reihe retardierender Elemente, die den genannten Trend variieren bzw. verlangsamen. Dem Rechtsblock (*Likud Beitenu*, *Ha-Bajit Ha-Jehudi*, *Schas*, *VTJ*) steht nach den Wahlen ein annähernd gleich starkes Lager von zentristischen und Linksparteien gegenüber (61:59 Mandate). Von einer politischen Wende kann dennoch nicht gesprochen werden, da sich in allen Parteien nationalistische Stimmungen und Forderungen als politische Orientierungen und Aktionsfelder weitgehend durchgesetzt haben. Bedingte Ausnahmen bilden die beiden Linksparteien.
- Die Formierung neuer Kräfte in der Parteienlandschaft und das erfolgreiche Auftreten charismatischer politischer Führungspersonen (Jair Lapid, Naftali Bennett) vermittelten den Eindruck, dass diese die Wahlen gewonnen und das Kräfteverhältnis innerhalb der israelischen Parteienlandschaft grundsätzlich verändert hätten. Die Parteien des politischen Zentrums erhielten 2013 jedoch nur ein Mandat mehr als 2009. Als Erfolg ist zweifellos zu werten, dass eine Stärkung der Rechtsparteien verhindert und ihre Präsenz um sechs Mandate verringert wurde. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sowohl in *Likud Beitenu* als auch in *Ha-Bajit Ha-Jehudi* Vertreter mit rechtsextremistischen Positionen gestärkt wurden; innerhalb des *Likud* erfolgte eine Schwächung des liberalen Elements.
- Die von den Rechtsparteien eingeleitete Abkehr vom „demokratischen Staat“ und die Hinwendung zum „jüdischen Staat“ bzw. zur „jüdischen Identität“ als gesellschaftsprägendes Element werden von vielen Parteien mitgetragen bzw. entsprechen der Grundüberzeugung relativ breiter Wählerschichten. Als Kompromissvarianten bleiben die Betonung Israels als „demokratischer und jüdischer Staat“ bzw. die Rückbesinnung auf die progressiv-liberalen Elemente der jüdischen Nationalbewegung.
- Zu den Wesensmerkmalen der Wahlen zur 19. Knesset gehören die Nachwirkungen der Sozialproteste vom Sommer 2011 bzw. die Politisierung der israelischen Mittelschichten. Soziale Themen wurden in die Agenda mehrerer Parteien aufgenommen bzw. junge Aktivisten der Sommerproteste auf realistische Listenplätze gesetzt. Hinzu trat die politische Wiederbelebung der liberalen konservativen Mitte, die weitgehend aus dem Parteienspektrum verschwunden war. Ihre Stärkung ging einher mit einer Fragmentierung des Zentrums, die aufgrund politischer Gegensätze und persönlicher Animositäten nicht überwunden werden konnte.
- Zu den offensichtlichen Fehlern in den Wahlstrategien bzw. –taktiken der Parteien gehören u. a. die Kreierung des Aktionsbündnisses *Likud Beitenu* bzw. die Fehleinschätzung des „Lieberman-Faktors“, die ostentative Selbstplatzierung der *Avoda* als Partei der Mitte, ihre Vernachlässigung der Palästinenserfrage und die frühe Absage Schelly Jachimowitschs an eine von Netanjahu geführte Koalitionsregierung, das zu späte Reagieren der *Ha-Tnuah* Zipi Livnis auf die Veränderungen im politischen Spektrum und die Absage der Zentrumsparteien an eine konzertierte Aktion bzw. an eine numerisch mögliche Regierungsbildung ohne Netanjahu.
- Der arabische Faktor für die Innenpolitik wurde auch bei den Wahlen zur neuen Legislative nicht voll genutzt. Die arabischen Parteien vermochten zwar bisherige Positionen zu verteidigen, konnten jedoch nicht das vorhandene Wählerpotenzial mobilisieren (vgl. Wahlbeteiligung und Parlamentssitze). Gleiches betrifft andere marginale Bevölkerungssegmente. Auch die neue Knesset widerspiegelt somit nur bedingt die israelische Gesellschaft und schafft ein verzerrtes Bild der politischen und gesellschaftlichen Realität.

- Die Linke vermochte sich im Umfeld der Wahlen wieder verstärkt in den öffentlichen Diskurs einzubringen. *Chadasch* konnte ihre Vertretung im Parlament (4 Sitze) behaupten. *Merez* überwand das historische Tief von 2009 durch Verdoppelung der Mandate. Die ideell-politische Aktivierung geht jedoch noch nicht einher mit einer neuen machtpolitischen Bedeutsamkeit.
- Außenpolitische Akzente spielten im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Das betrifft insbesondere die israelische Regionalpolitik (Positionierung zu den Wandlungsprozessen im arabischen Raum). Dem Verhandlungsprozess mit den Palästinensern wurden kaum neue Impulse verliehen. Die Beschwörung der iranischen Gefahr, zentrale Fragestellung zu Beginn des Wahlkampfes, wurde vorübergehend zurückgenommen. Auch die Verbesserung des Verhältnisses zu den USA bzw. zu Präsident Obama und zu den westeuropäischen Staaten spielte in den Wahlversprechungen und –disputen keine direkte Rolle; das Unbehagen in bestimmten Wählerschichten freilich könnte sich im Votum für Zentrumsparteien widerspiegeln, die eine eher ausgewogene Außenpolitik befürworten. Die Beschwörung der nationalen, auch militärischen Sicherheit hielt sich die Waage mit sozialen und anderen zivilen Themen.

Erst die politische Ausrichtung bzw. personale Komposition der dritten Regierung Netanjahu, d. h. die Besetzung der Seniorposten im Kabinett und die Darlegung der Wirkungsziele der neuen Exekutive, werden Auskunft darüber geben, ob der Rechtskurs der bisherigen Regierung und damit die wenig produktive Wirksamkeit bzw. die populistischen Trends der 18. Knesset fortgesetzt werden oder ob sich mehr Realismus und eine stärkere Orientierung auf zukunftsgerichtete nationale Ziele und Interessen durchsetzen werden.

#### Impressum:

Rosa Luxemburg Foundation (CC) • Israel Office

Address: 26 Nahmani St • Tel Aviv 66794

Mailing Address: P.O.B. 536 • Tel Aviv 61004 • Israel

Phone: 03-6228290 • Fax: 03-6855632 • Email: office@rosalux.co.il